

**Fragebogen der Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus  
im Hinblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen am 22. September 2013**

Name: [Olaf Jahnke](#)  
Partei: [Bündnis90 / GRÜNE](#)  
Datum: [11.07.2013](#)

**Zutreffende Antworten bitte ankreuzen!**

1. Waren Sie gegen den jüngsten Ausbau des Frankfurter Flughafens (Bau einer neuen Bahn)?

Ja   
Nein

Wenn ja: In welcher Weise haben Sie sich gegen diesen Ausbau eingesetzt (z.B. Abstimmungen im Landtag oder in Parteigremien)?

Antwort: [Abstimmung in den Parteigremien, Demonstrationen und Aktionen bereits in den ersten Ansätzen der Planung, sowie in der Mediationsphase. Einsatz für eine Verschärfung des Fluglärmschutzgesetzes auf der Bundesebene. Gegen die Abholzung des Bannwaldes wegen der Landebahn.](#)

2. Das Umweltbundesamt<sup>1</sup>, der Deutsche Ärztetag 2012<sup>2</sup> sowie die Deutsche Herzstiftung e.V.<sup>3</sup> fordern zum Schutz der Bevölkerung vor fluglärmbedingten Gesundheitsgefahren ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr.

Setzen Sie sich ebenfalls für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen in dieser Zeit ein?

Ja   
Nein

Anmerkung: [Das jetzige sogenannte Nachtflugverbot von 23—5 Uhr ist nach meiner Meinung Körperverletzung in den betroffenen Kommunen. Außerdem wird selbst dieses zu oft durch vermeintliche Ausnahmen gebrochen. Dementsprechend ist es in Wirklichkeit gar kein Verbot, sondern lediglich eine Reduzierung.](#)

3. Der gesetzliche Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm ist derzeit gering. Mehrere Bundesländer haben deshalb im Bundesrat Initiativen zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes eingebracht. Der Gesetzesvorschlag des Landes Rheinland-Pfalz würde dabei die Menschen am wirksamsten schützen; der Vorschlag des Landes Hessen bleibt dahinter deutlich zurück<sup>4</sup>.

Setzen Sie sich für den Vorschlag des Landes Rheinland-Pfalz ein?

<sup>1</sup> Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gesundheitschaeden-umweltbundesamt-fordert-nachtflugverbot-a-820678.html>

<sup>2</sup> Siehe <http://www.bundesaerztekammer.de/page.asp?his=0.2.20.8678.10300.10480.10503.11105&all=true>

<sup>3</sup> Siehe [http://www.herzstiftung.de/presse/presse/2013/gemeinsame\\_pm\\_der\\_umweltverbaende\\_zur\\_aktuellen\\_br-initiativen\\_25.4.2013.pdf](http://www.herzstiftung.de/presse/presse/2013/gemeinsame_pm_der_umweltverbaende_zur_aktuellen_br-initiativen_25.4.2013.pdf)

<sup>4</sup> Siehe die Bewertung und die Synopse der Fluglärmkommission unter [http://www.flk-frankfurt.de/eigene\\_dateien/presse/2013/gemeinsame\\_pm\\_der\\_umweltverbaende\\_zur\\_aktuellen\\_br-initiativen\\_25.4.2013.pdf](http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/presse/2013/gemeinsame_pm_der_umweltverbaende_zur_aktuellen_br-initiativen_25.4.2013.pdf)

Ja   
Nein

Anmerkung:

4. Die Frankfurter Fluglärmkommission hat im Februar 2013 ein „10-Punkte-Programm“ zum Fluglärmschutz verabschiedet und die politischen Parteien aufgerufen, dieses Programm in die jeweiligen Wahl-/Regierungsprogramme zu übernehmen<sup>5</sup>. Obwohl neben betroffenen Kommunen u.a. auch Lufthansa, Fraport und das Land Hessen in der Frankfurter Fluglärmkommission vertreten sind, wurde das „10-Punkte-Programm“ von der ganz überwiegenden Kommissionsmehrheit verabschiedet. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen (ADF) hat im April 2013 ein ähnliches „10-Punkte-Programm“ aufgestellt<sup>6</sup>.

Setzen Sie sich für die Umsetzung des „10-Punkte-Programms“ der Frankfurter Fluglärmkommission bzw. der ADF in der nächsten Legislaturperiode ein?

Ja   
Nein

Anmerkung:

5. Es ist medizinisch erwiesen, dass Fluglärm krank macht. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie prognostiziert, dass bei der heutigen Zahl der Flugbewegungen bis zum Jahr 2021 im Umfeld des Frankfurter Flughafens 23.400 Menschen fluglärmbedingt an Herz- und Kreislaufkrankheiten, Depressionen, Schizophrenie, Demenz, Alzheimer und Krebs erkranken werden, davon 3.400 mit tödlichem Ausgang<sup>7</sup>. Nach der Planung von Fraport soll die Zahl der jährlichen Flugbewegungen von 420.000 (2012) auf 701.000 (2020) steigen.

Sind Sie angesichts der erwiesenen Gesundheitsgefahren des Fluglärms dafür, die Zahl der Flugbewegungen gegenüber der Planung deutlich zu reduzieren?

Ja   
Nein

Wenn ja: Auf welche Zahl?

Antwort: 400.000

<sup>5</sup> Siehe unter [http://www.flk-frankfurt.de/seite/de/fluglaerm/537/-/Das\\_10-Punkte-Programm\\_der\\_Fluglaermkommission\\_Frankfurt.html](http://www.flk-frankfurt.de/seite/de/fluglaerm/537/-/Das_10-Punkte-Programm_der_Fluglaermkommission_Frankfurt.html)

<sup>6</sup> Siehe unter [http://www.flk-frankfurt.de/eigene\\_dateien/stellungnahmen/pdf-2013/das\\_10-punkte-programm\\_der\\_adf\\_19.4.2013.pdf](http://www.flk-frankfurt.de/eigene_dateien/stellungnahmen/pdf-2013/das_10-punkte-programm_der_adf_19.4.2013.pdf)

<sup>7</sup> Siehe <https://www.thieme-connect.de/ejournals/abstract/10.1055/s-0033-1333785>

6. Als wesentlicher Bestandteil ihrer „Allianz für Lärmschutz“ haben die hessische Landesregierung, die Deutsche Flugsicherung und die Luftverkehrswirtschaft im Februar 2012 vereinbart, bis zum Ende des Jahres 2014 das sog. Point-Merge-Verfahren einzuführen<sup>8</sup>. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus verspricht sich von diesem Verfahren eine spürbare Verringerung des Fluglärms in der gesamten Rhein-Main-Region.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt sein sollte, für die Einführung des Point-Merge-Verfahren bis zu dem genannten Zeitpunkt einsetzen?

Ja   
Nein

Anmerkung:

7. Die Initiative gegen Fluglärm im Vordertaunus ist der Auffassung, dass es keine tatsächlich neutrale Stelle gibt, die die Entwicklung und die Auswirkungen des Fluglärms am Frankfurter Flughafen untersucht und darüber objektiv informiert. Das „Umwelthaus“ in Kelsterbach kann diese Aufgabe derzeit nicht wahrnehmen: Es steht im Alleineigentum des Landes Hessen, wird im Wesentlichen von der hessischen Staatskanzlei<sup>9</sup> sowie von Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft<sup>10</sup> finanziert, und sein Geschäftsführer ist GmbH-rechtlich abhängig von Weisungen der hessischen Landesregierung.

Werden Sie sich, wenn Ihre Partei an der nächsten Landes- bzw. Bundesregierung beteiligt ist, dafür einsetzen, dass das Umwelthaus zu einer tatsächlich neutralen Stelle hin entwickelt wird oder eine solche neutrale Stelle geschaffen wird?

Ja   
Nein

Wenn ja: Für welche diesbezüglichen Veränderungen würden Sie sich konkret einsetzen?

Antwort: [Ausstieg der Ausbauprofitere](#)

---

<sup>8</sup> Siehe die Präsentation unter [https://verwaltung.hessen.de/irj/HMWVL\\_Internet?rid=HMWVL\\_15/HMWVL\\_Internet/nav/607/60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,36b70017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,22222222-2222-2222-2222-222222222222,22222222-2222-2222-2222-222222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005003.htm&uid=60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4](https://verwaltung.hessen.de/irj/HMWVL_Internet?rid=HMWVL_15/HMWVL_Internet/nav/607/60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,36b70017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4,22222222-2222-2222-2222-222222222222,22222222-2222-2222-2222-222222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005003.htm&uid=60770017-4f81-e531-db63-772b417c0cf4)

<sup>9</sup> Siehe [www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de) (Suchwort: Umwelthaus, danach: „Gemeinnützige Umwelthaus GmbH Wiesbaden“, Jahresabschluss für 2011 (letzter verfügbarer Jahresabschluss)

<sup>10</sup> Lt. Angabe des Geschäftsführers der Umwelthauses beinhalten die 120.000 Euro Gesamtspenden an das Umwelthaus im Jahr 2011 eine Spende der Lufthansa i.H.v. 80.000 Euro.